

# Volk entscheidet über Betreuung

**Obwalden** 100 braucht es, 409 sind zusammengekommen: Die SVP überreichte gestern die Unterschriften gegen die kantonsweite Einführung von schulergänzenden Betreuungsangeboten.

7. Januar 2017 OZ

**Adrian Venetz**

adrian.venetz@obwaldnerzeitung.ch

Die SVP Obwalden hat gegen die kantonsweite Einführung von schulergänzenden Tagesstrukturen das Referendum ergriffen. Gestern reichte die Partei die 409 Unterschriften bei der Staatskanzlei ein. Nötig für das Zustandekommen eines Referendums sind 100 gültige Unterschriften.

Die Unterschriften stammen aus allen Gemeinden, sagte SVP-Kantonalpräsidentin Monika Rüeeggern gestern anlässlich der Unterschriftenübergabe. «Das Echo aus der Bevölkerung war gross.» Die SVP sei nicht gegen schulergänzende Tagesstrukturen, betonte Rüeeggern. «Aber wir wehren uns gegen den Zwang, diese in allen Gemeinden anzubieten. Die Gemeindeautonomie wird damit massiv beschnitten.»

Vizepräsident Christoph von Rotz ergänzte, dass dieser Leistungsausbau gerade angesichts der prekären Kantonsfinanzen und einer drohenden Steuererhöhung nicht angebracht sei. «Die Bildung beansprucht schon heute in einzelnen Gemeinden bis zu 70 Prozent der Steuereinnahmen, obwohl die Schülerzahlen in einigen Gemeinden abgenommen haben», liess die SVP ges-



SVP-Kantonalpräsidentin Monika Rüeeggern (Mitte) und Vizepräsident Christoph von Rotz übergeben die 409 Unterschriften an Caroline Mathis, juristische Mitarbeiterin bei der Staatskanzlei Obwalden.  
Bild: Adrian Venetz (Sarnen, 6. Januar 2017)

tern in einer Pressemitteilung verlauten. Das Parlament hatte den entsprechenden Nachtrag zur Bildungsgesetzgebung am 1. Dezember mit 37:15 Stimmen gutgeheissen. Mit schulergänzen-

den Tagesstrukturen sollen Schüler von 7 bis 18 Uhr durchgehend betreut sein. In Obwalden verlangt das Gesetz von den Gemeinden lediglich genügend familienergänzende Betreuungs-

plätze – also Angebote für Kinder, die noch nicht zur Schule gehen. Schulergänzende Tagesstrukturen sind bislang fakultativ, die Gemeinden können selbst entscheiden, ob sie entsprechende

Angebote bereitstellen. Der Abstimmungstermin wird erst bestimmt, sobald die Unterschriften geprüft sind. Der Urnengang dürfte aber auf den Sonntag, 21. Mai, festgelegt werden.